

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(80. Sitzung am 19. Oktober 2016)

**Beratungsthemen:**

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018 -) und Ergänzungsvorlage zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6060](#) neu

**dazu:** Eingaben 2546 und 2578

- b) **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2016 - 2020**  
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/6340](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 11** - Justizministerium - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - unter Einbezug der MiPla 2016 - 2020 in einem zweiten Beratungsdurchgang. In diesem Zusammenhang verständigte er sich darauf, sich in einer seiner nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über den Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Täter-Opfer-Ausgleichs unterrichten zu lassen.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften sowie über Gebietsänderungen im Bereich des Hafens Wilhelmshaven**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5423](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 13 mit drei vom GBD in der heutigen Sitzung vorgetragenen redaktionellen Änderungen anzunehmen.*

3. **Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes im Niedersächsischen Landeswahlrecht**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5712](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 5 des GBD anzunehmen.*

4. **Verfassungsfeindliche Propaganda und Hetze im Internet konsequent bekämpfen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5287](#)

*Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl er dem Landtag, den Antrag in der Fassung eines von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsvorschlages anzunehmen.*

5. **Unterrichtung durch das Justizministerium über den aktuellen Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im VW-Komplex**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.*

6. **Vertraulichkeit des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sicherstellen - Defizite erkennen und beheben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3834](#)

Antwort der Landesregierung - [Drs. 17/5366](#)

*Der Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums zur „Einführung von Compliance-Strukturen in der niedersächsischen Justiz“ entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung fortzusetzen, sobald das Umsetzungskonzept vorliegt.*

7. **Rechtsreferendariat praxisnah und familienfreundlich gestalten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6245](#)

*Der Ausschuss nahm einen Sachstandsbericht des Justizministeriums entgegen und führte darüber eine Aussprache.*

8. **Verfassungsrechtliches Verfahren:**

Organstreitverfahren der Abgeordneten Thomas Adasch, Christian Grascha u. a. gegen den Niedersächsischen Landtag wegen Einsetzung des 23. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses („Mögliche Sicherheitslücken in der Abwehr islamistischer Bedrohungen in Niedersachsen“) - StGH 1/16

*Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen - bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP -, auf den Schriftsatz der Antragsteller vom 30. August 2016, dem Landtag mit Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. September 2016 übersandt, wie folgt zu erwidern:*

*„Der Niedersächsische Landtag hält an dem Antrag, den Antrag der Antragsteller vom 20. Mai 2016 zurückzuweisen, fest.*

*Der Landtag nimmt zur Begründung Bezug auf das in der Anlage beigefügte Schreiben von Frau Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf, LL.M., an den Landtagspräsidenten.“*